Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommun. Genossenschafter / Wirtschaftl. Rundschau / Der proletarische Kulturkampf / Für unsere Frauen / Energie

Bezugspreis monatl. (bei Post 2,50 M. (halbmonatl. 1,25 M.), durch die Post bezogen monatl. 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. / Geschäftsstelle u. Expedition Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postscheckkonto: Dresden Nr. 18690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16–18 Uhr, Sonnabends 13–14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

5 Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 10. Januar 1929 — Nummer 8

SPD-Wehrprogramm gegen Sowjetrußland!

Das Stuttgarter SPD-Blatt enthüllt die Hintergründe des Dittmann-Produktes

Kriegsbeteiligung Pflicht der SPD!

Stuttgart, 10. Januar. (Eig. Bericht.)

In der hiesigen sozialdemokratischen Schwäbischen Tagwacht nimmt der sozialdemokratische Führer Wilhelm Keil Stellung zu dem Diskussionsartikel der zentristischen Zeitschrift Klassenkampf zum Wehrprogramm der SPD. Seine Polemik enthüllt offen die wahren Hintergründe des imperialistischen Produktes des Dittmann-Ausschusses. In eindeutiger Weise setzt er sich für die „Verteidigung des Vaterlandes" und für die Aufrechterhaltung und Stärkung der Wehrmacht ein. Dabei erklärt Keil selbst die vielgepriesene Solidarität der „internationalen völkerbefreienden" Sozialdemokratie als Phrase. Er schreibt dazu:

„Man wird einwenden, daß in den anderen Ländern auch kriegsfeindliche Sozialisten seien, die gleich uns für die Verhinderung oder rasche Beendigung eines Krieges eintreten. Schön! Werden aber die Sozialisten in allen Ländern das gleiche Maß von Einfluß besitzen oder ausüben? Es wäre ein weltgeschichtliches Wunder, wenn das der Fall wäre. Da es mit 100 Prozent Wahrscheinlichkeit nicht der Fall ist, wäre bei Anwendung der Grundsätze des (Wehrprogramm-) Entwurfs der Minderheit der Staat mit der stärksten Sozialdemokratie im Kriegsfalle geradezu vogelfrei."

Keil betont also ziemlich offen, daß in einem erneuten Kriegsfalle die Sozialdemokratischen Parteien aller Länder genau wie anno 14 auf der Seite der herrschenden Klassen ihrer Staaten stehen werden. In welcher Richtung jedoch zunächst die deutsche Wehrmacht angewandt werden soll, das deutet Keil ziemlich unverblümt folgendermaßen an:

„Dabei müssen es nicht unbedingt bürgerliche Regierungen sein, die im Kriegsfalle Deutschland bedrohen. Auch die Möglichkeit ist nicht ausgeschlossen, daß in einem europäischen Konflikt die mit der stärksten Wehrmacht (!) ausgerüstete Sowjetherrschaft auf deutschen Boden im trüben zu fischen versucht. Sollen wir in einem solchen Fall mit der frommen Begründung: „Wir lehnen jeden Krieg ab" die Hände in den Schoß legen, obgleich wir wissen, daß der Bolschewismus die Zerstörung der deutschen Wirtschaft und damit den Untergang von vielen Millionen deutscher Arbeiter bedeutet." (?)

Damit wird ganz offen erklärt, daß für diese Sozialdemokraten die Beteiligung der deutschen Sozialdemokratie bei einem imperialistischen Krieg gegen Sowjetrußland Pflicht ist. Damit enthüllt Keil auch den Grundgedanken des sozialdemokratischen Wehrprogramms. Diese SPD-Stimme, die ausspricht, was ist, beweist jedem, der nicht mit Blindheit geschlagen ist, daß die Sozialdemokratie und ihr Wehrprogramm Schrittmacher des Interventionskrieges der kapitalistischen Räuber Westeuropas gegen die Arbeiter und Bauern der Sowjetunion sind. Der Kommunistischen Partei allein ist es vorbehalten, einen unermüdlichen Kampf gegen ideologische und organisatorische Rüstungen in Deutschland zu führen und den werktätigen Massen die Augen zu öffnen über den Kriegskurs, den das deutsche Trustkapital eingeschlagen hat.

Der Kampf im Transportgewerbe

Der Schiedsspruch in ganz Sachsen abgelehnt — Die Arbeiter fordern Kampf — Reformisten wollen Schiedsspruch

Chemnitz, 10. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Wie im Leipziger und Dresdner Bezirk, haben auch die Kollegen des Chemnitzer Bezirks den für das sächsische Transportgewerbe gefällten Schiedsspruch in einer Urabstimmung mit großer Mehrheit abgelehnt. Dabei haben die Reformisten alles versucht, um dem Schiedsspruch zur Annahme zu verhelfen, u. a. wurde den kommunistischen Mitgliedern der Ortsverwaltung Chemnitz des Deutschen Verkehrsbundes verboten, die Ansichten der Opposition vor den Transportarbeitern zum Ausdruck zu bringen.

Damit ist in ganz Sachsen der Schandspruch für die Transportarbeiter abgelehnt worden. Die Reformisten treffen aber nicht die geringsten Kampfvorbereitungen. Sie warten vielmehr auf das Eingreifen der staatlichen Schlichtungsinstanzen. Aber die sächsischen Transportarbeiter sind nicht willens, diesem Versteckspiel zuzusehen. Sie werden den Kampf aufnehmen bis zur restlosen Durchführung ihrer Forderungen.

Vor den Beratungen des Reichsetats

Die neuen Steuern Hilferdings

Für den Finanzminister Hilferding ist Schweigen schon Gold. Während nämlich die bürgerliche Presse schon seit Wochen Lärm schlägt, hüllt sich Hilferding und mithin die Reichsregierung in Schweigen. Die meisten Mitglieder der Koalitionsregierung weilen in irgendeinem Bad zur Winterkur. Seit der letzten Nachtsitzung des Reichstages, in der Hilferding von seinen 600 Millionen Defizit im Reichsetat Mitteilung machte, bis zum heutigen Tage hört und sieht man nichts mehr von der Regierung. Dafür aber macht sich die bürgerliche Presse Kombinationen aller Art über den Etat. Die Finanzpolitiker der bürgerlichen Parteien rufen im selben Tenor: Keine neuen Besitzsteuern! Der fünffache Aufsichtsrat und Demokrat Dr. Fischbeck empfiehlt zur Deckung des Defizits Abstriche in den einzelnen Ressorts und meint natürlich besonders Abstriche in den sozialen Ausgaben. Georg Bernhard, der Praktiker des Finanzkapitals, zugleich auch Busenfreund des Finanzministers, setzt sich mit Elan ein für neue Massensteuern. Dabei findet er die Unterstützung der rechtsstehenden Blätter. So beeinflußt seit Wochen die bürgerliche Presse Regierung und Oeffentlichkeit. Und Hilferding läßt sich gern beeinflussen. Schon in der letzten Reichstagssitzung vor Weihnachten machte er einige bescheidene Andeutungen, wie er das Defizit am besten zu decken gedenke, und forderte gleichzeitig die Stärkung der Koalition nach rechts. Die Volkspartei antwortete darauf: Jawohl, Stärkung der Koalition, aber nur dann, wenn die Besitzenden mit Steuern entlastet werden!

Wie verlautet, soll der Reichsetat nunmehr fertiggestellt sein. Am 14. Januar wird er noch einmal im Kreise der Regierungsmänner beraten. Ende des Monats kommt er dann vor das Plenum. Also Hilferding hat die neuen Steuern gefunden. Das Loch von 600 Millionen wird zugestopft werden. Ueber das Wie allerdings schweigt dieser Sozialdemokrat noch, darüber schweigt auch die ganze sozialdemokratische Presse. Die bürgerliche Presse dagegen bringt jetzt tropfenweise Mitteilungen über Hilferdings Steuern und knüpft daran Kommentare, die ihre Freude und zum Teil auch Schadenfreude nicht verbergen. Die gesamte Bourgeoisie hat auch Grund zum Jubeln. Hilferdings neues Steuerprogramm schafft tatsächlich nur den Massen neue Belastungen. Da ist zuerst die Biersteuer, aus der allein 100 Millionen über dem Ertrag, den die Bürgerblockregierung aus dieser Steuer zog, hinaus aufgebracht werden soll. Außer Frage, diese 100 Millionen werden nur aus den Taschen der Werktätigen herausgeholt. Wein- und Schaumweintrinker bleiben geschont, nachdem Zentrum und Deutsche Volkspartei gegen die Besteuerung dieser Getränke auftraten. Die Getränke der Bourgeoisie darf kein sozialdemokratischer Minister versteuern.

Neben der Erhöhung der Biersteuer folgt die Erhöhung der Umsatzsteuer um ½ Prozent. Die Erhöhung der Umsatzsteuer wird ein Anziehen der Preise unweigerlich nach sich ziehen. Hierbei zeigt sich, wie Hilferding und Wissell im Interesse der Bourgeoisie Hand in Hand arbeiten. Hilferding sorgt für die Erhöhung der Preise und Wissell fällt Schiedssprüche (wie besonders der Werftarbeiterschiedsspruch deutlich zeigt), die die Arbeiter auf Jahre hinaus an die schmählichen Lohn- und Arbeitszeitbedingungen ketten. Das ganze vorliegende Steuererhöhungsprogramm des Herrn Hilferding ist ein Liebeswerk für die Deutsche Volkspartei und für die besitzende Klasse. Selbst die Chemnitzer Volksstimme, ein linkssozialdemokratisches Blatt, das sich an übelster Demagogie täglich selbst übertrifft, muß zu Hilferdings Steuervorschlägen am 5. Januar folgendes schreiben:

„Also: Hilferding rechnet mit dem „Verantwortungsbewußtsein" der Parteien, und der parteioffizielle Pressedienst hofft, daß im Parlament „ein Kompromiß gefunden" werden müsse. Was diese Worte bedeuten, liegt auf der Hand. **Im Interesse der Regierungsumbildung, im Interesse der ordnungsgemäßen Verabschiedung des Etats soll die Sozialdemokratie Zugeständnisse an die bürgerlichen Parteien machen. Auf Kosten und zu Lasten der breiten Massen soll ein Defizit gedeckt werden, das durch die schamlose Steuerpolitik der Bürgerblockregierungen entstanden ist."**

Hier gesteht also eine sozialdemokratische Zeitung, welcher „Wert" ein sozialdemokratischer Finanzminister für den Haushaltsetat des armen Mannes besitzt. Dies Geständnis ist äußerst wertvoll, um so wertvoller als die ganze Sozialdemokratie sich rühmt, diese Reichsregierung zu führen. Und wenn die „Volksstimme" von der „schamlosen Steuerpolitik der Bürgerblockregierung" spricht, so muß man wohl gestehen, daß diese Schamlosigkeit von der Müller-Hilferding-Regierung noch weit übertroffen wird. Denn man bedenke: Hilferding verzichtet auf keine einzige der Massensteuern der Bürgerblockregierung. Ja, er erhöht diese Massensteuern sogar noch um ein Vielfaches. Wenn die „linke" Chemnitzer Volksstimme dann zu dem Schluß kommt, die Sozialdemokratie müsse Hilferdings neue Steuern ablehnen, so mutet diese Aufforderung an wie alle schändlichen Manöver der linken Sozialdemokraten. Bei der Bewilligung des Panzerkreuzers durch die sozialdemokratische Fraktion stimmten die sozialdemokratischen Minister für den Panzerkreuzer, die „Linken" vollführten einen oppositionellen Eiertanz, stimmten aber dann für ein Vertrauensvotum für den General des neuen deutschen Imperialismus, Groener. Die „Linken" sind natürlich in Worten gegen Zollerhöhungen, bewilligen aber dieser Regierung den erhöhten Zuckerzoll. Die „Linken" sind in Worten gegen das Gesetz für erwerbslose Saisonarbeiter, aber bei der Abstimmung lassen

Mordregime in Jugoslawien

Todesstrafe für kommunistische Propaganda, Organisationsteilnahme und Zimmervermietung an Arbeiterorganisationen

(Eig. Bericht unseres Sonderkorrespondenten)

Von der jugoslawischen Grenze, den 9. Januar 1929.

Angesichts der völligen Kapitulation aller bürgerlichen Oppositionsparteien fühlt sich die Belgrader militärische Diktatur stark genug, an eine weitere Verschärfung ihres Kurses zu gehen. Man spricht bereits davon, daß an Stelle verschiedener, nicht völlig mit den Militärkreisen verbundener Minister verläßliche Generale gesetzt werden sollen. So soll an Stelle von Koroschetz der bisherige Generalstabschef Kalabowitz Verkehrsminister werden. Dies hat seinen besonderen Grund in den strategischen Vorbereitungen des Krieges gegen die Sowjetunion.

Die ersten Gesetze der Diktatur sind gegen die Kommunisten gerichtet. Sie enthalten hauptsächlich folgende Bestimmungen: Zum Tode bzw. zu 20 Jahren Kerker wird verurteilt:

1. **Wer Bücher, Zeitungen oder Plakate schreibt, herausgibt, druckt oder verbreitet, von welchen die „Aufreizung zur Anwendung von Gewalt" gegen staatliche Behörden oder die „Bedrohung der öffentlichen Ruhe und Ordnung" bezweckt wird. Dasselbe gilt auch für jede schriftliche oder mündliche Propaganda in diesem Sinne.**
2. **Wer einer Vereinigung beitritt oder sie unterstützt, mit der die Propaganda des Kommunismus, Anarchismus, des Terrors oder der Vereinigung zur Ergreifung der Macht auf illegalem Wege verfolgt wird.**
3. **Wer Gebäude oder Lokale an Personen vermietet, die obige Zwecke verfolgen.**
4. **Wer sich mit Personen im Auslande zum Zwecke der Vorbereitung einer Revolution verbindet.**
5. **Wer Waffen oder Munition für obige Zwecke erzeugt, beschafft oder versteckt.**
6. **Verboten bzw. aufgelöst werden alle politischen Parteien, welche die Veränderung der bestehenden Ordnung propagieren, ebenso alle Parteien, welche religiösen oder Stammescharakter tragen.**

Die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel und in geschlossenen Lokalen, sowie Zusammenkünfte ohne vorherige Bewilligung der zuständigen Behörden sind verboten. Staatsbeamte und Angestellte, die zum Zwecke des Streiks den Dienst verweigern, werden mit Gefängnis von 6 Monaten bis zu 3 Jahren bestraft.

Auf Verbindung mit kommunistischen Organisationen wird die Todesstrafe gesetzt, sogar auf Beherbergung eines Kommunisten. Jede gegen die Regierung gerichtete Agitation wird mit dem Tode bestraft. Ein eigener Gerichtshof wird zur Durchführung dieses Gesetzes eingesetzt, dessen Richter ausdrücklich jedweder Unabhängigkeit entkleidet sind. Daß die Errichtung der Diktatur mit Zustimmung der kroatischen Führer erfolgt ist, beweist u. a. die Tatsache, daß schon seit mehreren Wochen stillschweigend die Gendarmerie und die verläßlichen Militärgruppen in Kroatien zusammengezogen wurden. Diese Truppen sollen jetzt jedwede Opposition gegen die Regierung mit einem Blutbad unterdrücken. Trotzdem ist entgegen der Erklärung der Führer und der unter Zensur stehenden Presse eine gegen die Diktatur feindliche Massenströmung unverkennbar. Dies soll Pribitschewitsch zu pessimistischen Erklärungen über die Aussichten der Kroaten unter der Diktatur veranlaßt haben; diese Erklärung wurde allerdings in der gesamten Presse unterdrückt.

Der Regierungschef Slukowitsch nutzt die durch die korrupten Oppositionsführer in den Massen hervorgerufene Passivität dazu aus, um gleich im ersten Ansturm seine Terrorherrschaft im ganzen Lande durchzusetzen. In allen wichtigsten Orten sind die Gemeindevertretungen auseinandergerissen und Regierungskommissare ernannt worden, die sich ausschließlich auf die bewaffnete Macht stützen.